



Verpflichtung zur UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ einhalten – auf Gewalt in internationalen Konflikten verzichten

Parlamentarische Initiativen von Jan van Aken, Agnes Alpers, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Harald Koch, Stefan Liebich, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Sabine Stüber, Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner, 06. Oktober 2010

06.10.10 - Antrag - Drucksache Nr. 17/3205

Zum 10-jährigen Bestehen der Resolution 1325 fordern wir einen nationalen Aktionsplan. Frauenrechte dürfen nicht weiter zur Legitimation militärischer Interventionen missbraucht werden. Nur durch die Umsetzung ziviler Maßnahmen in Kriegs- und Konfliktsituationen kann das Versprechen der Resolution 1325 wirklich eingelöst werden. Es bedarf einer Weiterentwicklung der Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen, in der sich Unterzeichnerstaaten zu striktem Gewaltverzicht verpflichten.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!